

Verweigerte Hilfe

Bundestag streitet über Entschädigung für Kriegsgefangene

Berlin - Die genaue Zahl ist unbekannt. Sicher aber ist, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen eine der größten Opfergruppen der Nazi-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg sind. Von den etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen überlebten 3,3 Millionen nicht. Bereits in den ersten zwei Kriegsmonaten 1941 starben in den besetzten Gebieten zwei Millionen von ihnen elend an Hunger und Seuchen. Hunderttausende wurden ins Deutsche Reich deportiert und in sogenannten Russenlagern eingesperrt und systematisch umgebracht.

Denjenigen, die diese überlebten, wurde in der stalinistischen Sowjetunion nicht selten 'Kollaboration mit dem Feind' unterstellt: Auf sie warteten in der Heimat Repressionen und sibirische Straflager.

Im Gegensatz zu einstigen Zwangsarbeitern, an die die Bundesstiftung 'Erinnerung, Verantwortung, Zukunft' vier Milliarden Euro auszahlte, sind Rotarmisten nicht von der Bundesrepublik entschädigt worden. An diesem Donnerstag wird sich der Bundestag erneut mit der Angelegenheit beschäftigen. SPD und Grüne haben beantragt, dass jeder noch lebende ehemalige sowjetische Kriegsgefangene - insgesamt ungefähr 4000 Menschen - für sein erlittenes Unrecht 2500 Euro bekommen soll. 'Das Leid der sowjetischen Kriegsgefangenen ist ein blinder Fleck in der bundesdeutschen Erinnerungskultur', sagt der Grünen-Abgeordnete Volker Beck. Es liege in der historischen Verantwortung der Bundesrepublik, diese Verbrechen anzuerkennen und den Überlebenden eine einmalige Entschädigung zu bezahlen. Der Vorstoß von Grünen und SPD müsste Eberhard Radczuweit eigentlich freuen. Er ist ehrenamtlicher Geschäftsführer des Berliner Vereins Kontakte und sammelt seit Jahren Privatspenden, um ehemalige sowjetische Kriegsgefangene zu unterstützen. Drei Millionen Euro seien bis heute zusammengekommen, die an ungefähr 7300 Menschen verteilt wurden. 'Doch eigentlich ist das die Aufgabe des Staates', sagt Radczuweit. Er hat sich 2006 schon mit einer Petition an den Bundestag gewandt. 'Bis heute haben wir aber keine Antwort bekommen und werden immer wieder vertröstet', sagt er. Deshalb hege er auch dieses Mal keine großen Hoffnungen, dass es eine Lösung gebe. 'Die Regierungsfractionen sind ja nicht einmal bereit, mit uns über das Thema zu sprechen', sagt Radczuweit.

Diesen Vorwurf weist der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer zurück. Er warnt davor, die Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener isoliert zu betrachten: 'Das ist nicht zielführend.' Vielmehr sollten aus seiner Sicht in der neuen Legislaturperiode für alle Opfergruppen, die bisher durch das Raster gefallen sind, Entschädigungsregelungen im großen Rahmen diskutiert werden. 'Da gehören auch die deutschen Zwangsarbeiter dazu, die nach dem Krieg in die Sowjetunion gebracht wurden', sagt Mayer.

Michael Hartmann, Bundestagsabgeordneter der SPD, glaubt indes nicht an eine Kehrtwende der Union. Er habe vergeblich versucht, alle Fraktionen für den Antrag zu gewinnen. Immerhin werde sich nun der Finanzausschuss erneut mit dem Thema befassen. Aus seiner Sicht bleibt aber nicht mehr viel Zeit für eine Lösung: 'Die ehemaligen Kriegsgefangenen sind aber schon mehr als 90 Jahre alt. In fünf Jahren brauchen wir uns nicht mehr damit beschäftigen.' Melanie Staudinger

SZ vom 06.06.2013